

GLEICHE RECHTE ERKÄMPFEN – KAPITALISMUS BEKÄMPFEN!

Bei einer Volksabstimmung in der Schweiz Ende November 2009 wurde die Initiative der rechtskonservativen, populistischen und fremdenfeindlichen Schweizerischen Volkspartei gegen den Bau von Minaretten angenommen. Die Wählervereinigung Pro-NRW greift das Thema auf, um ihrerseits eine Kampagne gegen Minarette zu starten. Pro-NRW ist rechtspopulistisch und gibt sich bürgerlich, in ihrer Führung arbeiten jedoch FaschistInnen mit. Die offen faschistische NPD schließt sich der Kampagne an.

FÜR DAS RECHT AUF FREIE RELIGIONS AUSÜBUNG

– FÜR SUNNITINNEN, ALEVITINNEN UND SCHIITINNEN!

Minarette werden von Pro-NRW als Symbole religiös-politischer Macht- und Herrschaftsansprüche gedeutet und angegriffen. So soll die Angst vor „Islamisierung“ und damit vor der Bedrohung der „abendländischen Kultur“ durch „die Muslime“ geschürt werden. Den Rechten geht es um Hetze gegen MigrantInnen, nicht um die ernsthafte Auseinandersetzung mit Religion. Und erst recht nicht darum, dass zum verteidigten Christentum auch die kaputte Sexualmoral gehört, die sich in massenhaftem Kindesmissbrauch durch kirchliche Würdenträger und die Vertuschung desselben zeigt.

Letztlich wendet sich die Kampagne von Pro-NRW und NPD gegen „Fremde“ und dient der Umset-

zung der rassistischen, menschenfeindlichen Politik dieser Organisationen.

In der BRD wird den MigrantInnen das Wahlrecht verweigert. Die Erwerbslosigkeit ist unter den MigrantInnen am höchsten. Dagegen fordern wir: gleiche soziale und politische Rechte für alle! Das heißt auf religiösem Gebiet, dass wir für das Recht von Gläubigen eintreten, Moscheen und CEM-Häuser (Alevi-Kültür-Evi) zu bauen. Gleichzeitig treten wir als MarxistInnen für die strikte Trennung von Staat und Kirche / Religion ein. Wir wollen eine bessere Welt im Diesseits erkämpfen und nicht auf das Jenseits vertragen. Aber gemeinsam müssen wir die demokratischen Rechte verteidigen und Pro-NRW und NPD deutlich zeigen, dass es weder in Gelsenkirchen, noch in Duisburg-Marxloh noch anderswo Raum für ihre rassistische Propaganda gibt.

RASSISMUS – AUCH IN DER

BÜRGERLICHEN MITTE

Rassistische Hetze und Politik ist nicht nur bei rechten PopulistInnen und FaschistInnen zu finden. Rassismus wird gestützt durch PolitikerInnen von SPD, CDU und FDP und durch bürgerliche Massenmedien. PolitikerInnen, die nie durch emanzipatorische Politik aufgefallen sind, entdecken plötzlich die Gefährdung von Frauenrechten durch Islamisten. Dass in fast allen Religionen dieser Welt ein rückständiges Frauenbild vorherrscht, wird natürlich nicht thematisiert. Rassismus ist auch in den staatlichen Institutionen verankert und zeigt sich zum Beispiel in den Sondergesetzen für Menschen ohne deutsche

Staatsangehörigkeit und besonders krass bei Abschiebungen von Asylsuchenden. Ein Feindbild wird aufgebaut, das „die Deutschen“ zusammenrücken lassen soll gegen den vermeintlichen Gegner. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassen wird so verwischt und die Nationalität oder „die Kultur“ als entscheidende Gemeinsamkeit hervorgehoben. Den durch die Krise verunsicherten Menschen werden einfache Antworten zur Orientierung angeboten – und die ArbeiterInnenklasse in „Deutsche“ und „AusländerInnen“ oder in „Christen“ und „Muslime“ gespalten.

HARTZ IV – EINE WEITERE SPALTUNGSLINIE

Deutlich sind die Parallelen von der Hetze gegen Muslime und den Islam zu der Diffamierungskampagne von PolitikerInnen und diversen Medien gegen Hartz IV-EmpfängerInnen, die angeblich aus Faulheit auf Kosten der arbeitenden Menschen leben. Hier wird eine weitere Spaltungslinie erzeugt. Die Kampagne richtet sich in erster Linie an GeringverdienerInnen, die sich betrogen fühlen sollen, da sie für ihre Arbeit kaum mehr als den Hartz IV-Satz erhalten. So sollen die einen gegen die anderen ausgespielt werden, obwohl beide in Wirklichkeit dasselbe Interesse haben: als ersten Schritt einen Mindestlohn durchzusetzen, von dem sich menschenwürdig leben lässt. Das würde sowohl die Löhne als auch den Hartz IV-Satz ansteigen lassen.

Wie rassistische Politik und soziale Frage zusammenhängen, zeigt z. B. die Gewerkschaftsfeindlichkeit und Wirtschaftsfreundlichkeit der rechtspopulistischen Pro-NRW, während sich die faschistischen Organisationen manchmal in „antikapitalistischer“ Rhetorik üben.

DESHALB FORDERN WIR:

- **Völlige soziale, politische, kulturelle und rechtliche Gleichstellung der MigrantInnen**
- **Asylrecht für alle**
- **Quotenregelung für MigrantInnen bei Einstellungen im Öffentlichen Dienst**
- **Keine Benachteiligung von MigrantInnen bei Wohnungs- und Arbeitssuche**
- **Recht auf freie Religionsausübung für alle**
- **Strikte Trennung von Staat und Kirche**
- **Untersuchung der Fälle von Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche und anderen Institutionen durch die Betroffenen bzw. die Eltern**
- **Enteignung und Inbesitznahme der Banken**
- **durch die Beschäftigten**
- **Radikale Arbeitszeitverkürzung – bis alle Arbeit haben**
- **Für ein Verbot von Entlassungen**
- **Ausbildungsplätze für alle**
- **Für Rente mit 60**
- **Für 1500 Euro Mindestlohn brutto**
- **Weg mit Hartz IV**
- **Weg mit den Studiengebühren**
- **Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan**



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN



Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den

Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.